

Danziger Zeitung.

№ 17409.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettelhagergasse Nr. 4, und bei allen hiesigen Postämtern des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Politische Uebersicht.

Danzig, 30. November.

Das Altersversorgungsgesetz und die Dauer der Session.

Im Reichstage macht sich vielfach der Wunsch geltend, die Ansetzung der ersten Berathung des Arbeiter-Invaliditätsgesetzes nicht zu übereilen, sondern dieselbe vielmehr möglichst bis in die zweite Hälfte der nächsten Woche zu verschieben. Wahrscheinlich wird die Berathung erst am 6. December stattfinden. Alle Parteien wollen ihre Führer ermächtigen, ihre Stellung zu dem Entwurfe eingehend darzulegen. Es besteht abgesehen von den Socialdemokraten, welche dieses Gesetz von vornherein verwerfen, überall die ausgesprochene Absicht, soviel wie möglich das Zustandekommen des Gesetzes zu fördern und womöglich noch in dieser Session zur Annahmegerung zu lassen. Die erste Berathung dürfte sich daher sehr umfassend gestalten und eine Reihe von Sitzungen in Anspruch nehmen. — Die Ausfertigung, daß die Regierung bereits auf ein Zustandekommen des Entwurfs in dieser Session gewissermaßen verzichtet hätte, beruht, wie man uns von berufener Seite mittheilt, auf einer ganz willkürlichen Vermuthung. Im Augenblick lägen, wie man versichert, für die Regierung Schwierigkeiten noch gar nicht in einem Umfange vor, welcher zu einer Verzichtleistung irgendwie bewegen könnte; im Gegentheil sei die Regierung von der Hoffnung getragen, zu einer Verständigung bezüglich der etwa hervortretenden Widersprüche zu gelangen. — Ebenso haltlos ist es, wenn man nach dem erfolgten Herantreten an die Gesetze, also nach den ersten beiden Plenarsitzungen unternehmen will, zu bestimmen, wie lange die Session dauern wird. Die schwebenden Vorbereitungen über weitere Vorlagen sprechen mehr für eine gegen-theilige Annahme, also für eine längere Ausdehnung der Session.

Fürstliche Besuche.

Die außerordentlich freundliche und herzliche Aufnahme, welche dem Herzog von Aosta und seiner Gemahlin, der Prinzessin Cettia, in Berlin bereitet wurde, hat in Rom, wie man der „Pol. Corr.“ von dort schreibt, allgemein überaus hohe Befriedigung hervorgerufen. Die auszeichnende Art, mit welcher man in der deutschen Reichshauptstadt dem Bruder des Königs von Italien entgegenkam, wird allgemein als ein neuer Beweis der ausgesprochenen, gegenwärtig zwischen Italien und Deutschland bestehenden Beziehungen betrachtet. Dem Umstande, daß der Besuch des Herzogs von Aosta in Berlin mit dem Aufenthalte des Erzherzogs Ferdinand von Oesterreich-Este zusammenfiel, wird in Rom gleichfalls eine gewisse symptomatische Bedeutung mit Bezug auf den Hymen des Dreikönigs beigelegt. Obgleich man davon entfernt ist, anzunehmen, daß die genannten Mitglieder der Herrscherhäuser von Oesterreich-Ungarn und Italien in Berlin irgendwelche politischen Missionen zu erfüllen hatten, erblickt man in dem gleichzeitigen Aufenthalte derselben am Berliner Hofe gleichwohl auch einen Ausdruck des zwischen den drei Staaten bestehenden Verhältnisses.

Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß zwischen dem deutschen Kaiser und dem König von Italien seit der letzten Anwesenheit des Kaisers in Rom ein äußerst herzliches persönliches Verhältniß besteht und daß die beiden Monarchen mit einander in lebhafter telegraphischer sowie brieflicher Correspondenz stehen.

„Vaterlandsliebe“ Handlungen.

In ihrer Entrüstung über das „Vaterlandsliebe“ Treiben der Freisinnigen, welches bei den Wahlen zu Tage treten soll, pflegen die Cartellparteien meist zu vergessen, daß sie selbst die Handlungen, die sie an den Freisinnigen so hart rügen, zu begehen sich keineswegs scheuen. Wenn einmal ein freisinniger Candidat mit Hilfe von ultramontanen oder socialdemokratischen Stimmen gewählt wird, so ist dieses ein großes Vergehen, während doch zu anderen Zeiten die Cartellparteien die Hilfe solcher Stimmen nicht verachten, auch um dieselben werden oder auch einem Candidaten solcher Parteien ihre Stimmen geben. Das Verhalten der Freisinnigen bei den Wahlen kann also einen Vergleich mit dem der Cartellparteien sehr wohl aushalten. Nun möchte aber die Berliner „Post“ sogar die von ihrer eigenen Partei bei einer bestimmten Wahl begangenen Sünden den Freisinnigen in die Schuhe schieben. Die Freisinnigen sollen nach der „Post“ zur Wahl eines „dänischen Demokraten“ in Hensburg mitgeholfen haben. Die „Kieler Ztg.“, welche den besüglichen Verhältnissen näher steht, antwortet darauf:

„Diejenigen Conservativen, denen der Hergang bei der damaligen Wahl bekannt ist, werden der „Post“ nicht sehr dankbar sein, daß sie an diese Sache wieder erinnert, denn diese Partei hat diese Wahl bei dieser Wahl nicht eingelegt. Nicht Freisinnige, sondern Conservative, speciell Agrarier, waren es, welche im Jahre 1881 die Wahl des dänischen Candidaten Johannsen veranlaßten. Und hier kam nicht einmal die Theorie vom „kleineren Uebel“, welche sonst mitunter Wahlkompromisse schließen läßt und die Wähler zur Stimmabgabe für einen ihrer Partei nicht angehörenden Candidaten oder zur Wahlenthaltung veranlaßt, in Betracht. Nein, es war das doppelte Uebel, welches man wählte; denn Johannsen war Liberaler und Däne zugleich; aber man wählte ihn, weil man dem Wahlcandidaten, den man in dem deutschen Theil des Wahlkreises bei der Hauptwahl als Gegner zunächst und hauptsächlich bekämpfte hatte, den Sieg nicht gönnen mochte.

Dagegen haben bei den späteren Wahlen die Freisinnigen, weil sie die nationale Frage als zu wichtig ansahen, gegen den Dänen, obgleich derselbe freisinnige Anschauungen hatte, und für den dem Cartell angehörenden deutschen Candidaten gestimmt. Die „Post“ hätte die Hensburger Wahlen lieber aus dem Spiel lassen sollen, denn aus denselben läßt sich kein Kapital gegen die Freisinnigen schlagen.“

Auch eine Folge des Schutzpolysystems.

In ihrem kürzlich veröffentlichten Jahresbericht für 1887 weist die Handelskammer zu Leipzig auf die bedenklichen Folgen des sich immer mehr ausdehnenden Systems der industriellen Coalitionen hin. „Die Klagen“, schreibt sie, „über wachsenden Wettbewerb und über gedrückte Preise der Erzeugnisse kehren, wie seit einer Reihe von Jahren, auch diesmal in sehr vielen Einzelberichten wieder. Auf der anderen Seite mehrt sich die Zahl der Vereinigungen zur Erzielung der höheren Preise, ungeachtet der auf die Dauer meist ungünstigen Erfahrungen, die seither damit gemacht worden sind. Manche dieser Vereinigungen, wie z. B. auf dem Gebiete der Eisen-Industrie, sind so umfassender Art, daß sie in die freie Selbstbestimmung der einzelnen tief einschneiden; und wenn kleinere Betriebe zu Gunsten der größeren ganz aufgelöst werden (selbstverständlich gegen Entschädigung), so erinnert das in bedenklicher Weise an den socialistischen Zwangsstaat. Eine nicht weniger bedenkliche Erscheinung ist, daß der Grundsatz, der freilich von einzelnen Werken auch schon früher thatsächlich geübt worden ist, dem Auslande niedrigere Preise anzuerkennen als dem Inlande, nunmehr förmlich anerkannt wird — eine der eigenthümlichsten Folgen des Schutzpolysystems.“

Fürsorge für die Hinterbliebenen von Arbeitern.

Die Begründung, welche dem an den Reichstag gelangten Gesetzentwurf, betreffend die Alters- und Invalidenversicherung, beigegeben ist, beschäftigt sich in ihrer Einleitung, wenn auch nur kurz, mit dem Ausbau unserer Unfallversicherung sowohl als auch mit der Frage der Regelung der Fürsorge für die Wittwen und Waisen verstorbenen Arbeiter. Was den ersteren betrifft, so wird hervorgehoben, daß die Erstreckung der Unfallversicherung auf einige Kreise der arbeitenden Bevölkerung noch ausstehe. Der Inangriffnahme der socialpolitisch wichtigeren und deshalb bringenden Alters- und Invaliditätsversicherungs-Gesetzgebung erwachte indessen aus diesem Umstande kein namhaftes Hinderniß. Der weitere Ausbau der Unfallversicherungsgesetzgebung könne vielmehr auch neben der Alters- und Invalidenversicherung nach Bedarf durchgeführt werden. Die Fürsorge für die Wittwen und Waisen verstorbenen Arbeiter anfangend, hat man zunächst erwogen, ob die Regelung derselben nicht der Alters- und Invalidenversicherung vorausgehen habe. Jedoch schon aus praktischen Gründen ist man zur Verneinung der Frage gelangt. Man will zuvor durch die bei der Durchführung der Alters- und Invalidenversicherung zu sammelnden Erfahrungen ein zutreffendes Urtheil, unter anderem auch darüber gewinnen, ob die Industrie und die sonst in Betracht kommenden Berufszweige die mit der Wittwen- und Waisenversorgung nothwendig verknüpfte Mehrbelastung zu tragen im Stande sind. Die letztere würde nach den hierüber angestellten überschlägigen Ermittlungen eine sehr erhebliche sein; bei nur 60 Mark Rente für Wittwen und nur 30 Mark Rente für jedes Kind würde sich nämlich eine Belastung von rund 16 Mark auf den Kopf des männlichen Arbeiters, also auf etwa 7 1/2 Millionen männlicher Arbeiter ein Bedarf von rund 120 Millionen Mark ergeben. Immerhin werde, so wird weiter in der Begründung ausgeführt, ein erheblicher Theil aller Wittwen, nämlich diejenigen, welche selbst berufsmäßig Arbeit in fremden Betrieben verrichten, im Falle der Erwerbsunfähigkeit schon an den Wohlthaten des Gesetzentwurfs über die Alters- und Invaliditätsversicherung, welcher sich auf weibliche Personen miterstreckt, theilnehmen. Im übrigen sei für Wittwen und Waisen, ganz abgesehen von den Bestimmungen der Unfallversicherungsgesetze, durch eine Reihe von Wohlthätigkeitsanstalten, wenn auch nicht ausreichend, so doch einigermaßen gesorgt. Auch würden noch beim Inabsetreten der Invaliditätsversicherung diejenigen Anstalten, welche gegenwärtig genöthigt seien, ihre Mittel durch Unterstützung von Invaliden neben denjenigen von Wittwen und Waisen zu vertheilen, dazu übergehen können, den letzteren eine erhöhte Fürsorge zuzuwenden, weil die Invaliden ihrer Fürsorge dann nicht mehr im gleichen Maße bedürftig sein werden.

Branntweinstatistik.

Die dem Bundesrath zugegangenen und den Ausschüssen für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr zur Vorberathung bereits überwiesenen Bestimmungen betreffend die Statistik der Branntweinbrennereien und der Branntweinbesteuerung sind, soweit sie Abänderungen gegen die bisher in Geltung befindlichen aufzuweisen haben, mit Rücksicht auf das neue Branntweinsteuergesetz und den erfolgten Eintritt der süddeutschen Bundesstaaten in die Branntweinsteuergemeinschaft erforderlich geworden. Zunächst ist das Statistikjahr auf die Zeit vom 1. October des einen bis zum 30. September des anderen Jahres festgesetzt. Die Eintheilung und Bezeichnung der Uebersichtsformulare ist sodann unter Berücksichtigung der durch die gegenwärtige Lage der Steuergesetzgebung gebotenen Modificationen erfolgt. Es soll

einmal eine Uebersicht über die verschiedenen Kategorien der Brennereien je nach der Art und Dauer des Betriebes und der Besteuerungsweise beziehungsweise den einzelnen Steuerföhen geschaffen und die Einnahmen aus der Branntweinsteuer ersichtlich gemacht werden, wie sie sich nach den Neberegistern gestellt haben, und des weiteren sollen, wie auch bisher, in einer Denkschrift die Ergebnisse des Branntweinbetriebes und der Branntweinbesteuerung dargestellt werden. Neu ist bezüglich der letzteren nur die Bestimmung, daß sie sich fortan zu erstrecken hat auch auf die Angabe der Hauptsorten von Trinkbranntwein, welche consumirt werden, deren Beschaffenheit und Preise, und zwar sowohl der Preise bei der Abgabe von den Brennereien wie bei dem Kleinverkauf und Ausschank. Die Kleinverkauf- und Ausschankpreise sollen für Stadt und Land getrennt angegeben werden, falls hierbei nennenswerthe Unterschiede vorkommen. Ferner soll für die Zukunft der Betriebsumfang der Brennereien nicht nach Maßgabe der von ihnen entrichteten Steuerbeträge, sondern nach der Höhe ihrer Production abgestuft, die Bestimmung des Bundesraths, wonach in der bezüglichen Nachweisung lediglich die mehligste Stoffe verarbeitenden Brennereien aufgeführt werden, aufgehoben und, um ein zuverlässiges Urtheil über die Wirkung des neuen Gesetzes, namentlich in steuerlicher Beziehung zu gewinnen, eine Uebersicht über die erhobenen Branntweinsteuerbeträge nach den verschiedenen zur Erhebung gelangten Sähen aufgestellt werden.

Das Verhalten des Commandanten der „Möve“ vor Aïloa.

wo bekanntlich zwei Beamte der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft im Angesichte des genannten Kriegsschiffes von den Aufständischen ermordet worden sind, ist in den letzten Wochen vielfach der Gegenstand scharfer Tadeln gewesen. Wie dem „Sann. Cour.“ hierzu von einer mit den Küstenverhältnissen bei Aïloa genau bekannten Persönlichkeit mitgetheilt wird, liegt vor der dortigen Küste eine etwa 30 Meter breite Bank von jähem, tiefem Schlick, welche die Landung einem zahlreichen Feinde gegenüber, dem die Landenden in dem ihre Bewegungen hindernden Schlick hilflos zur Zielscheibe dienen, nahezu unmöglich macht. Es ist daher anzunehmen, daß der Commandant der „Möve“ nur durch die sichere Aussicht, bei diesen ungünstigen Verhältnissen seine Leute dem Untergange auszuweichen, von dem Versuche, die beiden Deutschen durch eine Landung zu retten, abgehalten worden ist; bekanntlich ist gerade die „Möve“ an anderen ostafrikanischen Küstenplätzen sehr energisch und erfolgreich eingeschritten.

„Der morgige Krieg“.

Der Schwiegerohn Boulangers, Hauptmann Driant, hat, wie wir dieser Tage mittheilen, ein Buch geschrieben, welches unter dem Titel: „Der morgige Krieg“ erschienen ist. Es werden darin — so berichtet man des näheren dem „Berl. Tagebl.“ — die modernen Errungenschaften der Kriegswissenschaft populär geschildert. „Der morgige Krieg“ findet im Jahre 18... also in diesem Jahrhundert statt. „Der Feind“ greift Frankreich unvermuthet an, um die Sperrforts an der Grenze entspinnt sich der erste furchtbare Kampf. Hauptmann Driant schildert die Armirung, Verproviantirung und die Vertheidigungsmittel dieser Forts, welche angeblich zu jeder Stunde auf die erste Minute auch gegen bedeutende Truppenkörper den Kampf aufnehmen können. Die neuen Explosivstoffe, die Anwendung der Elektricität bei der Vertheidigung der Citadellen, der Mechanismus der Feld- und Belagerungsgeschütze, die Rolle der Linie und der Landwehr im Kriege sind gewissermaßen der technische Rahmen, in welchen Driant eine Erzählung à la Jules Verne gewebt hat, in welcher rührende und lustige Scenen abwechseln. Der Verfasser sagt selbst, sein Zweck sei, die militärischen Fortschritte Frankreichs populär zu machen und dem ganzen Volk Muth einzuflößen; er will auch „von kleinen Kindern gelesen und verstanden werden“. So schildert Driant die zerstörende Wirkung der Torpedos und des Lebelgewehrs, den Gebrauch des optischen Telegraphen und des Feldtelephons; bald wohnt der Leser dem Belagerungsdienst an den Sperrforts der Ostgrenze, bald der offenen Feldschlacht, bald dem Minenkriege, bald dem Seegefecht und selbst dem Ballonkriege bei. Das Buch, welches unter dem durchsichtigen Pseudonym „Hauptmann Driant“ erschienen ist, macht nicht unbedeutendes Aufsehen.

Im englischen Unterhause.

ermiederte gestern der Unterstaatssecretär Ferguson auf eine Anfrage, die Regierung beobachte Neutralität in dem Bürgerkriege auf Samoa. Der englische Consul sei angewiesen, seine Intervention auf den Schutz der Person und des Eigenthums englischer Unterthanen zu beschränken. Er könne nicht sagen, welche Mittel die Vertragsmächte zur Herstellung der Ordnung, die England zu fördern wünsche, zu adoptiren geneigt seien. Der erste Lord des Schatzes, Smith, erklärte, eine Verstärkung der Occupationarmee in Aegypten sei in Folge der Entsendung englischer Truppen nach Suakin nicht erforderlich.

Die französische Deputirtenkammer.

genehmigte gestern, wie aus Paris telegraphirt wird, das Budget des Handelsministeriums. Im Laufe der Debatte hatte Staatsminister mit Rücksicht auf die Erneuerung der Handelsverträge beantragt, die Regierung möge eine Enquete über die commerciellen Lage Frankreichs eröffnen. Der

Handelsminister erwiderte, die Regierung werde dem Parlament zu geeigneter Zeit alle erforderlichen Schriftstücke unterbreiten.

Reserve der italienischen Kriegsmarine.

Die italienische Privatschiffahrts-Gesellschaft „Navigatione Generale“ hat den Beschluß gefaßt, 62 neue Schiffe zu bauen; dieselben werden in die Reserve der italienischen Kriegsmarine eingeschrieben werden; 29 sollen die Größe und die Bauart von Schlachtschiffen erhalten, und die übrigen 15 Anoten in der Größe zurücklegen können, um den Transport- und Postdienst zu unterhalten. Die Bemannung, welche für den äußersten Fall in den Staatsdienst treten würde, beträgt über 4000 Mann; die Kosten der Gesellschaft zur Erneuerung und Verstärkung ihrer Flotte sollen sich auf 40 Millionen Lire belaufen. Der Contreadmiral Morin, Unterstaatssecretär der Marine, hat den Plan mit dem Minister Brin und dem Geschwaderchef Raccia berathen.

Reichstag.

5. Sitzung vom 29. November.

Das Haus genehmigte in erster und zweiter Berathung den Beschluß des Bundesraths, daß die Anstalten zum Trocknen und Einfallen ungererbter Thierfelle, sowie die Verbleibungs-, Verzinnungs- und Verzinkeanstalten in das Verzeichniß der einer besonderen Genehmigung bedürftigen Anlagen (§ 16 der Gewerbeordnung) aufzunehmen sind. Der Beschluß des Bundesraths wird dadurch begründet, daß das Trocknen und Einfallen der Felle nicht bloß, wie früher angenommen wurde, in Verbindung mit bereits genehmigungspflichtigen Anstalten (Schlächtereien und Abbehereien), sondern auch in selbständigen Anstalten inmitten von Städten vorkommt; so werden z. B. in Berlin in neun Anstalten 40 000 Häute und Felle getrocknet und in zwölf Anstalten 170 000 eingefallen. Das abfließende Blutwasser geht in Fäulniß über und bildet die Quelle über Gerüche, welche die Nachbarn belästigen, während die dabei entstehenden flüchtigen Zerfallsproducte Gesundheitsstörungen veranlassen und die Verbreitung ansteckender Krankheiten in hohem Maße begünstigen. Jene flüchtigen Abgänge sind ein besonders günstiger Nährboden für Infectionskörner.

Auch die Verbleibung, Verzinnung und Verzinkung kann, wenn in größerem Umfange betrieben, die Arbeiter und die Umgebend belästigen. Wenn sie in den Betrieben einzelner Handwerker, z. B. der Gelb- und Zinngießer, nur gelegentlich in geringem Umfange vorgenommen wird, so fällt die Genehmigungspflicht selbstverständlich fort, ebenso wie im landwirtschaftlichen Betrieb das Trocknen und Einfallen der Felle und Häute in geringem Umfange keiner Genehmigung bedarf. Nur eigentliche Anstalten für die genannten Zwecke sollen genehmigungspflichtig sein. In diesem Sinne beantwortet der Commissar Geh. Rath Lohmann eine Anfrage des Abg. Dommes.

Desgleichen wird in erster und zweiter Berathung der Gesetzentwurf betr. Abänderungen des Gesetzes über die Nationalität der Ausfahrtschiffe und ihre Befugniß zur Führung der Bundesflagge vom 25. October 1867 ohne Debatte genehmigt. (Die Abänderungen betreffen die Vorschriften bezüglich der Eintragung der Rheder und Mitheder.)

Es folgt der Antrag Ricker: Mit Rücksicht auf die in den letzten Jahren vielfach vorgekommenen Verstöße gegen den § 43 der Gewerbeordnung, gegen § 17 des Wahlgesetzes für den deutschen Reichstag und gegen die §§ 9 und 28 des Socialistengesetzes den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die verbundenen Regierungen die nachgeordneten Behörden mit Instruction dahin versehen, daß die genannten gesetzlichen Vorschriften in Zukunft genau beobachtet werden.

Abg. Ricker: Der Antrag ist Ihnen bekannt. Es ist derselbe, den ich am 6. März d. J. bei Gelegenheit der Prüfung der Wahl des Abg. v. Autmitz gestellt habe. Die dabei zur Sprache gebrachten und von der Wahlprüfungscommission nicht einmal zur weiteren Untersuchung und Verfolgung gestellten Gesetzwidrigkeiten gaben mir den Anlaß, den Antrag sofort einzubringen. Nach § 43 der Gewerbeordnung ist zur Vertheilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken bei der Wahl zu geschätzenden Körperlichkeiten eine polizeiliche Erlaubniß in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung der Wahl bis zur Beendigung des Wahlaaktes nicht erforderlich. Dasselbe gilt auch bezüglich der nicht-gewerbsmäßigen Vertheilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken. In geschlossenen Räumen ist zur nicht-gewerbsmäßigen Vertheilung von Druckschriften oder anderen Schriften oder Bildwerken eine Erlaubniß nicht erforderlich. Gegen diese klaren gesetzlichen Vorschriften ist insbesondere in den letzten Jahren sehr oft in den verschiedensten Wahlkreisen verstoßen. Unsere Wahlaakten sind voll von solchen Fällen. Bei der erwähnten Wahlprüfung (v. Autmitz) kam in dem Referat zur Sprache, daß ein Cigarrenarbeiter durch einen Polizeibeamten bei der Vertheilung von Stimmzetteln verhaftet und 22 Stunden in Haft gehalten worden. Die Wahlprüfungscommission hatte nicht einmal Veranlassung genommen, diesen Fall in einen besonderen Antrag zu urgiren. Leider scheint im Volke und auch hier das Gefühl für solche Gesetzwidrigkeiten: daß ein Polizist einen lediglich seine staatsbürgerlichen Rechte ausübenden Mann ohne weiteres an den Straken packt, ihn für 22 Stunden in das Gefängniß sperrt und dann, als ob gar nichts geschehen wäre, vielleicht noch gar ohne Entschuldigend entläßt — ich sage, das Gefühl gegen solche Gesetzwidrigkeiten scheint in den letzten Jahren nur zu sehr abgestumpft zu sein. In jedem anderen constitutionellen Staate hätte ein solcher Fall allgemeine Aufregung und Empörung verursacht, und man hätte unbedingte Remedur verlangt. Leider haben wir in Deutschland nicht Gesehe, wenigstens nicht so wirksame wie in England, um Beamte wegen Gesetzwidrigkeiten zur Strafe zu ziehen. Sehr alt sind ferner die Klagen wegen Verstöße gegen den § 9 des Socialistengesetzes. Auf Grund dieses Paragraphen können nur solche Verammlungen verboten werden, von denen durch Thatfachen die Annahme berechtigt ist, daß sie zur Förderung umflüchtiger Bestrebungen einberufen sind. In den letzten Jahren sind aber sehr oft gefällig ganz zulässige Wahlversammlungen verboten oder aufgelöst worden, in welchen ein Socialdemokrat reden wollte. Ein solches gefällig großes Vorgehen hat der Reichstag wiederholt dadurch gerügt, daß er die betreffenden Wahlen hinstellte, in der Annahme, daß eine solche Auflösung oder ein Verbot erheblich viel für den Ausfall der Wahl.

Unter dem Ministerium Erlenburg kamen solche Fälle sehr selten vor. Bei Erlaubnis des Socialistengesetzes wurde es zwischen den Bundesregierungen ausdrücklich vereinbart, daß auch den Socialdemokraten das gesetzlich gewährleistete Versammlungsrecht, insbesondere bei den Wahlen nicht verkümmert werde. Anders wurde die Sache unter dem Ministerium Puthamer. Dieser Minister erklärte hier im Reichstage ganz unverständlich, er würde schon dafür sorgen, daß ein Herr wie Bebel in Berlin niemals zum Worte kommen würde. Wie konnte ein Minister eine solche Äußerung thun. Herr Bebel hat genau dasselbe Recht wie jeder andere, in einer Versammlung aufzutreten. In Bismarck hat am 28. Februar 1887 die Stadtpolizei eine Versammlung verboten auf Grund des § 9 des Socialistengesetzes, nur weil ein socialdemokratischer Redner angemeldet war. In Gotha hat sogar das dortige Ministerium in diesem Sinne die Landräthe, und diese wieder die Schulzen angewiesen. (Redner verliest eine solche landrätliche Verfügung, kritisiert dieselbe und hebt hervor, daß die Schulzen im Wahlkreise Gotha überall, wo der socialdemokratische Candidat sprechen wollte, auch die Versammlungen verboten.) Mit solcher Interpretation drängt man die Socialdemokratie geradezu auf die geheime Agitation. Herr v. Bötticher und Herr v. Bennigsen haben gestern über die Agitation der Socialdemokratie gesprochen und ihr vorgeworfen, daß sie verhehe. Aber wird man es nicht begreiflich finden, wenn durch solche Handhabung der Gesetze die großen Massen erbittert werden und in ihnen das Gefühl entsteht, als ob für sie überhaupt die Gesetze nicht da wären. Wie lange sollen diese Ausnahmegerichte überhaupt noch bestehen? Hat Herr v. Bennigsen im Jahre 1878 eine solche Dauer derselben vorhergesehen können? Die Bundesregierungen sollten es als ihre wichtigste Pflicht ansehen, derartige Empfindungen durch eine strenge, absolut unparteiische Handhabung der Gesetze nicht aufkommen zu lassen. Im vor. Jahre sagte der Abg. Miquel, er halte die Auflösung von Wahlversammlungen lediglich, weil ein Socialdemokrat seine Ansichten darin entwickelt habe, um für seinen Candidaten zu werben, für unzulässig und gesetzwidrig. Auch der Staatssecretär des Innern hat hier erklärt, daß die Regierung dasselbe Interesse habe, wie wir, daß die Gesetze beobachtet und aufrecht erhalten werden. Wenn er aber hinzufügte, daß derartige einzelne Fälle keinen Anlaß böten, um in eine allgemeine Erörterung der Sache einzutreten, so weiß ich nicht, wie man sie sonst anfassen soll. Der Bundesrath hat doch verfassungsmäßig über die Mängel bei der Ausführung der Reichsgesetze zu beschließen. Um meine Behauptungen zu belegen, könnte ich Ihnen eine ganze Reihe von Fällen aus den Wahlakten vorführen. Ich erinnere nur an die Wahlen der Herren Clauß, Panse, Richter und Gottburgs. Da ich aber nicht annehme, daß mein Antrag irgend einen Widerspruch finden wird, so will ich mich auf Details vorläufig nicht weiter einlassen. Der Abg. v. Bennigsen hat am 6. März beantragt, meinen damaligen Antrag der Wahlprüfungs-Commission zu überweisen. Ich habe nichts dagegen, wenn das Haus den Faden da wieder aufnimmt, wo es ihn hat fallen lassen. Ich höre (ich selbst habe es nicht gelesen), daß dieser und unsere anderen Anträge in der Presse viel Staub aufgewirbelt haben, daß man uns die schwärzesten Absichten dabei untergelegt. Nun, m. H., das ist ja natürlich; daran sind wir „Reichsfeinde“ gewöhnt. Wir sind jetzt glücklicher Weise so kaltblütig geworden, daß wir uns aus all diesen Verhörungen und Verleumdungen gar nichts mehr machen. Im Gegentheil — man kann uns täglich mit „Reichsfeindschaft“ ähnen — je mehr man das thut, um so kaltblütiger werden wir unseren Gang weiter gehen. Man kann aus dieser Kritik und denjenigen, die der Antrag in Bezug auf den Arbeiterzuschuß gefunden hat — ein Antrag, der gestern von dem Herrn Abg. v. Bennigsen in glänzendster Weise gerechtfertigt worden ist — sehen, in welchem Geiste die Dinge, die wir zu thun wagen, ohne um Erlaubnis anzufragen, beurtheilt werden. Ich erwähne das nur nebenbei. Stören wird uns das nicht; ich ersehe daraus nur, daß die todtsagende Partei einsteilen bei den übrigen Parteien noch die größte Aufmerksamkeit erregt, und das ist doch immerhin noch eine gewisse Genugthuung. Mit diesem Auftrage verlangen wir nichts außerordentliches und nichts, was nicht jede Partei unterstützen müßte. In jedem constitutionellen Staate muß die erste Sorge der Regierung und insbesondere der Parlamente die sein, daß bei der Ausübung des Wahlrechts die Willensmeinung des Volkes frei und ungehindert zum Ausdruck gelangen kann; ist es eine Ehrenfache, eine Anlaufsfache für alle Parteien, daß sie dem Gesetze in jeder Richtung Genüge verschaffen und verhindern, daß in gesetzwidriger oder gewissenloser Weise auf die Ueberzeugungen der Wähler eingewirkt werde. Auch in Deutschland sind wir gewiß in allen Parteien davon besetzt, wir müssen es wenigstens sein, und vor allen Dingen das Parlament muß es sein. Die ganze Bedeutung eines Parlamentes ruht ja auf der freien Äußerung der Volksmeinung. In dem Augenblicke, wo man dieselbe, wo man die Ueberzeugung vieler Einzelner fälschen will, nimmt man dem Parlament seine Bedeutung und Kraft; das wird sich immer rächen. Ich glaube, daß Sie in meinen Auseinandersetzungen nichts finden werden, was irgend jemand oder irgend eine Partei verletzen könnte. Ich beantrage nicht für mich und meine Freunde, daß wir vor Ihnen etwas voraus haben; ich glaube aber, es ist richtig, wenn wir alle die Bundesregierungen ersuchen (ob in Form meines Antrages oder in einer anderen, ist mir gleichgültig, wenn nur die Sache erreicht wird), daß in Zukunft nach Kräften dafür gesorgt werde, daß die unteren Organe, die die Ausführung der Gesetze in der Hand haben, in den einzelnen Wahlkreisen derartige gesetzwidrige Verhältnisse nicht mehr machen, wie sie in den letzten Jahren leider nur zu oft vorgekommen sind. (Beifall links.)

Abg. Singer (Soc.) hat nicht die Hoffnung, daß die Herren von der Majorität es gar so eilig haben werden, diesem Antrage zu entsprechen; eine Instruktion der Regierungen in dem gewünschten Sinne würde ja die Anwesenheit dieser Herren hier unmöglich machen. Die Majorität ist das Product der üblen Umstände, die der Vordränger nur zum kleinsten Theile dargestellt hat. Für die Wahlbeeinflussungen der untergeordneten Verwaltungsbehörden müssen wir die verbündeten Regierungen verantwortlich machen, denn es ist unmöglich, daß all die Consecrationen von Wahlaufschriften und Flugblättern, die Verhaftung von Stimmzetteln, Vertheilung etc. nicht zur Kenntniß derselben gekommen sein sollten. Das Verbot solcher Wahlbeeinflussungen zeigt sich nicht so sehr in den großen Industrie- und Handelsstädten, aber desto mehr in den ländlichen Wahlkreisen, wo sich der Einzelne mehr von dem Gendarm, von dem Amtsvorsteher abhängig fühlt. Wie immer steht das Königreich Sachsen in Bezug auf solche Nichtachtung von Beschlüssen des Reichstages, Nichtachtung der Bestimmungen der Gewerbeordnung, Nichtachtung des § 9 des Socialistengesetzes voran. Wie Hr. v. Puthamer Bebel nicht hat sprechen lassen wollen, so denkt man in Sachsen: Haßt du meinen Sachsen, haue ich deinen Preußen! So darf ich nirgends in Sachsen sprechen. Auch dem Collegen Grillenberger ist es wiederholt in Bayern so gegangen. Eine dortige Behörde hat auf eine an sie gerichtete Beschwerde über ein Versammlungsverbot die Antwort gegeben, das auf die Tagesordnung gesetzte Thema der Alters- und Invaliden-Versicherung biete dem Sprecher reichliche Gelegenheit zu einer gehässigen Kritik der bestehenden Staats- und Gesellschafts-Ordnung. (Hört, hört!) Ebenso wie mit den Versammlungs-Verboten steht es mit der Auflösung von Wahlcomités. Die Auflösungen der Versammlungen entbehren neben dem Ernst der Sache eines gewissen Humors nicht. Während Minister v. Bötticher hier erklärt hat, daß der Entwurf der Alters- und Invalidenversicherungsvorlage möglichst frühzeitig der öffentlichen Besprechung unterbreitet werden solle, lösten die überwachenden Polizeibeamten Versammlungen auf, sobald nur darüber

gesprochen wurde. In Berlin wurde eine Versammlung aufgelöst, als der Referent sagte, daß die persönliche Agitation wirkungsvoller sei, als alle Versammlungen. In einer anderen Versammlung ermahnte der Vorsitzende die Versammlung, sich ruhig zu verhalten, da es eine fog. Gesehgebung gäbe. Der Polizeileutnant meinte, es gäbe keine fog. Gesehgebung und löste auf. Eine Versammlung wurde aufgelöst, als der Referent begann mit dem Citat: das Alte stürzt. (Große Heiterkeit.) Eine Versammlung des Stadtverordneten Ausschusses wurde aufgelöst, als der Referent begann mit: Meine Herren. (Heiterkeit.) Ja, Sie lachen, aber die Tausende der Wähler verstehen es nicht und müssen sich für völlig rechlos halten. Als in einer anderen Versammlung eine Resolution zur Abstimmung gebracht werden sollte, in welcher an Stelle des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes die genossenschaftliche Produktionsweise als Maßregel zur Abhilfe der Noth des Arbeiterstandes empfohlen wurde, löste der überwachende Beamte die Versammlung auf, obwohl er die zweifelhafte Debatte über diese Resolution nicht für staatsgefährlich gehalten hatte. Die Resolution wurde am nächsten Tage in einer anderen Versammlung unter einem anderen überwachenden Beamten angenommen. Dadurch wird das Volk verwirrt und weiß schließlich nicht mehr, was es eigentlich noch für Rechte hat. Eine Versammlung in Charlottenburg wurde aufgelöst, als der Redner die von meiner Fraktion beantragte Arbeiterzuschußgesetzgebung zur Beseitigung der traurigen Lage der Arbeiter empfahl. Wenn solche Dinge, mit denen sich fast alle Fraktionen des Reichstages beschäftigen, von den überwachenden Beamten als auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet angesehen werden, dann weiß ich nicht, wie nach dieser Richtung weiter operiert werden soll. Es liegt alles in der Willkür der überwachenden Polizeibeamten, und das ist ein unzulässiger Zustand. Um den Bescheidungen über ungerechtfertigte Verbote von Versammlungen aus dem Wege zu gehen, ist man sogar auf das Mittel verfallen, die socialdemokratischen Versammlungen überhaupt dadurch zu hintertreiben, daß man die Wirthe bestimmt, ihre Lokale zu solchen Versammlungen nicht mehr herzugeben. Eine der Wirthe in dieser Beziehung angelegte Daumenschraube ist das Verbot an das Militär, gewisse Lokale zu besuchen. Ganz besonders bezeichnend ist das bekannte Verbot in Dresden. Dort hat das Lokal, dessen Besuch den Soldaten verboten worden ist, nicht einmal zu socialdemokratischen Versammlungen gedient, sondern nur zu Versammlungen von Gewerks- und Fachvereinen. In einem anderen Falle ist ein Wirth verhindert worden, eine über Erwartung große Versammlung in einem größeren, als den ursprünglich in Aussicht genommenen gewesenen Saal überführen zu lassen. So etwas wirkt mehr agitatorisch, als jede Versammlung. In Lützenwalde ist es einmal dem Zureden des Landraths gelungen, einen Wirth folgendermaßen zu bewegen, die Zusage eines Saales zurückzuziehen. Der Landrath hat dem Wirth eingeschrieben, wenn Singer dort vor einer großen Versammlung spreche, könne es unter Umständen zur Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Lützenwalde kommen. Andererseits werden die sogenannten königstreuen Vereine in der Weise unterstützt, daß man ihnen Fadheln in die Hand giebt, daß die Kosten, die durch ihre Demonstrationen entstehen, gedeckt werden u. s. w. Noch in den letzten Monaten ist die Hoffnung aufgetaucht, daß mit dem Austritt Puthamers aus dem Ministerium des Innern nach dieser Richtung eine Aenderung stattfinden würde. Beim Amtsantritt des Ministers Herrfurth schrieb die „Kreuzzeitg.“, er werde der würdige Erbe des Ministers v. Puthamer sein. Die „Kreuzzeitg.“ hat Recht behalten, er ist der würdige Erbe Puthamers geworden. Mit einer Thatfache, die erst in den letzten Tagen spielt, hat er sogar Hr. v. Puthamer weit übertrifft. In dem uns in den letzten Tagen bezüglich des Belagerungszustandes in Berlin zugegangenen Reichstagsbericht, den Hr. Herrfurth unterzeichnet hat, hat er es fertig bekommen, den Ausfall einer Wahl in socialdemokratischem Sinne als Grund für die Verlängerung des Belagerungszustandes anzusehen. Ferner steht dies fest, daß 5 Gesetze aller Auflösungen, die ich aus den letzten Monaten geschilbert habe, bereits unter dem Regiment des Hrn. Herrfurth in Berlin geschehen sind. Durch die vorgetragenen Dinge habe ich Ihnen gezeigt, daß wir verpfligt sind, den Antrag Richter zu unterstützen. Ich habe keine Hoffnung, daß unter dem jetzigen System, das für uns nicht in Herrn v. Puthamer oder Herrfurth, sondern in dem Reichskanzler personifiziert ist, die Zustände herbeigeführt werden, die wir im Interesse des gesamten öffentlichen Lebens dringend fordern müssen. Was aus dem Antrage werden, was wolle, ich bin den Antragstellern dankbar, daß sie mir wieder einmal Gelegenheit gegeben haben, einige der ungeheuerlichen Dinge hier zur Sprache zu bringen. Und die eine Hoffnung habe ich immer noch, daß gegenüber diesen Thatfachen selbst die Herren auf der rechten Seite auf die Dauer ihr Ohr nicht verschließen können.

Abg. Kröber (Volsch.): Ich kann bestätigen, was der Abg. Singer in Bezug auf Bayern sagte. Ich erkläre mich entschieden für den Antrag Richter. Ist doch dieses Socialistengesetz, was die Beschränkungen der Versammlungen anlangt, gerade an der Volkspartei zuerst angewendet worden in einer Weise, die die bairische Polizei geradezu berühmt gemacht hat. Als der damalige Abg. Sonnemann in München über Reichstagsangelegenheiten sprach, wolle, löste der überwachende Polizeirath die Versammlung auf, da er Socialdemokraten sah. So wird es mit der Versammlungsbeschränkung in Bayern auch heute noch gehandhabt. Duhende von Versammlungen meiner Partei sind aufgelöst worden, nur weil Socialdemokraten das Wort nahmen. Die Militärverbote aller Lokaltäten, wo Socialdemokraten verkehren könnten, sind bei uns landesbekannt. Es geht da gerade so zu, wie in dem schönen Lande Sachsen. Unsere bairische Polizei hat sich noch besonders berühmt gemacht durch die Anstrengung von Projekten nach Art des letzten Münchener Geheimbündeprojektes, wo das Gericht dem Hauptträger der Anklage, einem Polizeicommissar, unabweisend zu verstehen gab, daß seine Glaubwürdigkeit bezweifelt werden müsse, da er nicht aus eigener Wahrnehmung spreche und seine Hintermänner derartige Biedermänner seien, daß sie wenige Tage nachher wegen infamer Verbrechen zu anderthalb Jahren Zuchthaus verurtheilt werden mußten. Was die Wahlbeeinflussungen betrifft, so will ich nur auf meine Wahl hinweisen. Wir haben in Bayern zwar keine Landräthe, aber unsere Herren Bezirksamtmänner verstehen es ebenso gut wie jene. Sie lassen einige Tage vor den Wahlen sämtliche Bürgermeister unter irgend einem Vorwand zusammenkommen und machen ihnen dann klar und deutlich, wie sie für „gute Wahlen“ zu sorgen hätten. In einer Landgemeinde hat ein Polizeibeamter jemanden abgefaßt, der Wahlzettel hatte, und gesagt: „Was treibst Du?“ Ja, ich habe Wahlzettel für Kröber. — „Schmeiß sie weg und nimm andere, sonst sperre ich dich sofort ein.“ (Hört! hört! links.) In einer anderen Landgemeinde hat der Bürgermeister selbst einem Stimmzettelvertheiler meiner Partei gesagt: „Schmeiß‘ den weg und nimm den unserigen; ich gebe Dir 3 Mk.“ Die Staatsbeamten haben die abhängigen Leute, vor allem die Forstbeamten, Kopf vor Kopf unter Ueberwachung an die Urne geschleppt, um gute Wahlen zu erreichen. Im allgemeinen hat man in Bayern kein Mittel verabsäumt, selbst Drohungen nicht, um „gute Wahlen“ zu erreichen.

Abg. v. Marquard (nat.-lib.) erklärt sich dafür, den Antrag der Wahlprüfungscommission zu überweisen. So sei schon in der vorigen Session mit dem gleichlautenden Antrag verfahren worden; die Sache sei aber bekanntlich nicht zur Erledigung gelangt in Folge des Todes des Kaisers Wilhelm. Die Akten werden nachhaltiges Material ergeben, den Antrag weiter zu begründen. Es haben in einer ganzen Reihe von Fällen Verhältnisse gegen verschiedene Vorschriften der Gewerbeordnung, der betreffenden Bestimmungen der Wahlgesetze und auch des Socialistengesetzes stattgefunden. Wir stehen der Regierung ganz anders gegenüber,

wenn wir beweisen können, daß hier und dort ungeordnet verfahren ist. Durch solche Nachweise wird auch den Regierungen ein Dienst erwiesen, welche sich solcher Thatfachen nicht schuldig gemacht haben, auf die der Antrag Richter hinzielt.

Abg. Klemm (cons.) bestreitet, daß er und seine Freunde in Sachsen auf das Verbot von Lokalen hingewirkt haben. Im Schlußwort erklärt der Abg. Richter seine Zustimmung zur Herbeischaffung des oben erwähnten Materials und bittet um schleunigste Behandlung dieser Sache, wie auch der Wahlprüfungen. Er sei mit dem Abg. Singer der Ansicht, daß durch die Stellung dieses Antrages in keiner Weise eine Zustimmung zu den betreffenden Bestimmungen des Socialistengesetzes ausgesprochen werde. Diese Bestimmungen schaden, je länger sie beständen, desto mehr dem deutschen Volke, und er würde den Augenblick begrüßen, wo das Ausnahmegericht beseitigt würde. Insofern sei er durchaus nicht anderer Meinung wie der Abg. Singer. Der Antrag Richter wird darauf einstimmig der Wahlprüfungscommission überwiesen.

Nächste Sitzung: Freitag.

Deutschland.

△ Berlin, 29. Novbr. Der Erhaltungszustand des Kaisers ist nahezu beseitigt; es bedurfte dazu nur einiger Tage Ruhe. Uebrigens hat der Kaiser seine regelmäßigen Arbeiten keinen Augenblick unterbrochen und auch in gewohnter Weise alle Personen, welche sich melden, empfangen. Von größeren Reisen des Kaisers in der nächsten Zeit ist nicht die Rede; doch scheint die Theilnahme an Jagden doch nicht aufgegeben zu sein. — Auch Prinz Heinrich, welcher in Kiel durch eine Erkältung genöthigt war das Zimmer zu hüten, ist wiederhergestellt und wird demnächst seine dienstlichen Functionen aufnehmen können. — Die Dauer des Aufenthalts der Kaiserin Friedrich in England ist noch nicht festgestellt und augenblicklich also noch fraglich, ob die hohe Frau gegen Weihnachten oder erst zu Anfang des nächsten Jahres nach Berlin zurückkehren wird. Dagegen heißt es, daß ein früherer Plan, wonach die Kaiserin einen Theil des Winters in Italien zubringen wollte, aufrecht erhalten werden würde.

* [Der Prinz Georg] wird von seinen Sommerreisen in den nächsten Tagen zum Winteraufenthalt in Berlin zurückkehren.

* [Die Prinzessin Friedrich Karol] dürfte vor Monat Mai von der Reise nach Italien nicht zurückkehren können.

* [Die deutsche Plantagengesellschaft in Ostafrika] hat beschlossen, durch eigene Selbsthilfe das Festland von Usambara wiederzugewinnen und die unterbrochenen Pflanzungsarbeiten daselbst wieder aufzunehmen. — Ein mannhafter Entschluß, dem der beste Erfolg zu wünschen ist.

* [Bacteriologische Kurse.] Unter Leitung des Geh. Medicinalraths Prof. Dr. Koch werden auch in diesem Winter bacteriologische Kurse für Medicinalbeamte stattfinden, und zwar im hygienischen Institute der Berliner Universität.

* [Briefverkehr mit Werthangabe.] Dem Weipostverein liegt bekanntlich die Annahme zu Grunde, daß ein Staat so viel Briefe empfängt, als er versendet. Bis zu welchem Grade dieser Gedanke auch für einzelne Gemeinwesen seine Richtigkeit behält, erweist in interessanter Weise eine Zusammenstellung des Verkehrs von Briefen mit Werthangabe in Berlin im Jahre 1887. Danach sind in Berlin eingegangen 598 100 Briefe mit einem Inhalt von 855 753 000 Mk., aus Berlin abgegangen sind 597 000 Briefe mit 855 200 000 Mk. Inhalt.

□ Polen, 29. November. Dem „Dziennik Pomsanski“ zufolge dürfte von der polnischen Fraktion im preussischen Abgeordnetenhaus die sogenannte Straßenschildfrage im Laufe der bevorstehenden Session zu einem Berathungsgegenstande gemacht werden. Es handelt sich bei dieser Frage bekanntlich darum, ob es Haus- und Grundbesitzern gestattet ist, außer den officiellen Straß- und Ortsnamen in deutscher Sprache auch noch ebensolche in polnischer Sprache anbringen zu lassen.

Von der Marine.

* Das Schulschwarzer, bestehend aus den Schiffen „Graf“, „Moltke“, „Gneisenau“ und „Charlotte“ (Schwarzereservecorps — Admiral Hollmann), ist am 28. November cr. in Corfu eingetroffen und beabsichtigt am 1. Dezember cr. wieder in See zu gehen.

* Durch Cabinetsordre vom 24. d. ist Corn. Capitän Zirkh, Inspecteur des Torpedowesens, zum Capitän zur See befördert. Der Capitän z. S. Bendemann ist zum Chef des Stabes des Commandos der Marinestation der Ostsee und der Capitän z. S. Alschmann zum Commandeur der 1. Werfdivision ernannt.

Am 1. Decbr. S. A. Danzig, 30. Nov. M. A. 4.37. 7.57. C. U. 3.41. Weiterassistenten für Sonnabend, 1. Decbr., auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Wolzig und bezogener Himmel, trübe mit Niederschlägen, — zum Theil Sonnenschein und Aufklärung bei Tags über wenig veränderter Temperatur. Schwache und mäßige Luftbewegung, später aufsteigende bis starke Winde. Diefach Nebel und Frost Nachts und am Morgen.

* [Zu dem Durchstich der Nehrung] bei Giedersfähre behufs Regulirung des unteren Weichsellaufes wird heute officiös aus Berlin geschrieben: In § 2 des Regulirungsgesetzes ist die Inangriffnahme des Baues davon abhängig gemacht, daß durch einen auf Grund des Deichgesetzes vom 28. Jan. 1848 gebildeten Deichverband die Aufbringung eines Kostenbeitrages von 7 230 000 Mk. und die Uebnahme und Unterhaltung des Durchstiches und der damit zusammenhängenden Deichanlagen gesichert sei. Nach dem Stande der bezüglich Verhandlungen, welche in den letzten Tagen im Ministerium für Landwirthschaft stattfanden, darf mit Sicherheit gehofft werden, daß der betreffende Deichverband zum Beginn der nächstjährigen Bauzeit die landesherrliche Genehmigung erhalten kann.

* [Von der Weichsel.] Plehendorfs, 30. Nov.: Heutiger Wasserstand am Oberpegel 3.84, am Unterpegel 3.84 Meter.

* [Abgangsgewichte.] Das vor einiger Zeit schon aufgetauchte, demnächst aber als unrichtig bezeichnete Gerücht, daß der commandierende General des 1. Armee-Corps Hr. v. Kleist in nächster Zeit seinen Abschied zu nehmen beabsichtige, taucht jetzt in einer zuweilen officiös bedienten Correspondenz wieder auf. Die „A. S. 3.“ bemerkt heute dazu, daß sie Grund habe, die Nachricht auch diesmal für irrig zu halten.

* [Berufung ins Hofmarschallamt.] Der Oberlandes-Gerichtsrath Rath in Königsberg, bis vor etwa 1 1/2 Jahren Richter beim hiesigen Landgericht, soll vorläufig commissarisch, als Director in das Hofmarschallamt berufen worden sein.

* [Beim hiesigen Consistorium] ist als Hilfsarbeiter der bisherige Gerichts-Assessor Hildebrandt aus Königsberg eingetreten und hat daselbst heute seinen Dienst begonnen.

* [Lehrerinnenprüfung.] Vom königl. Provinzial-Schulcollegium hier selbst ist die Abgangs-Prüfung an der mit der städtischen Victoria-Schule verbundenen Lehrerinnen-Bildungs-Anstalt für das Jahr 1889 auf Ende März, und zwar die schriftliche Prüfung auf den 23. und 25. und die mündliche Prüfung auf den 27. und 28. März anberaumt worden.

* [Gewerbeverein.] In der gestrigen Sitzung wurden mehrere theils neue, theils verbesserte ältere Einrichtungen vorgelegt und erläutert. Hr. Anger hatte Gashocher, Gashochherde mit Bratosen für häusliche und gewerbliche Zwecke, sowie einen Badeofen zur sofortigen Erzeugung warmen Wassers ausgestellt. Sehr praktisch erschienen die von Dr. Gagner hergestellten Trockenelemente für elektrische Cäuteapparate, wie sie in Privathäusern und Hotels häufig angewendet werden. Von Hrn. Baur war eine Schreibmaschine ausgestellt, deren Leistungen das lebhafteste Interesse der Anwesenden erregten. Ferner wurde ein photographischer Apparat für Touristen aus dem Geschäft des Hrn. Bornfeldt gezeigt. Es ist ja für jemand, welcher eine Reise in landschaftlich schöne Gegenden macht, sehr angenehm, diejenigen Punkte, die ihm am besten gefallen haben, auch im Bilde zu fixiren, und die „Amateur-Photographie“ hat deshalb große Ausbeute gewonnen. Diefem Zwecke soll auch der gestern gezeigte Apparat dienen, der sich vor anderen dadurch auszeichnet, daß durch Anwendung eines sehr stark wirkenden künstlichen Lichtes auch bei schlechter Beleuchtung noch gute Aufnahmen erzielt werden können. Zum Schluß forderte der Vorsitzende Herr Schütz die Handwerker Danzigs auf, sich an der geplanten permanenten Gewerbeausstellung zu betheiligen, und erläuterte die Ziele, die durch dieselbe erreicht werden sollen.

* [Preussischer Beamtenverein.] In der gestrigen Sitzung waren zum ersten Male, der organischen Einladung folgend, Damen erschienen. Der Vorsitzende, Herr Oberregierungsrath Fink, begrüßte dieselben und sprach die Hoffnung aus, daß die Damen sich auch für die Zukunft an den Zusammenkünften des Vereins betheiligen möchten. Er theilte ferner mit, daß Kaiser Wilhelm II. das Protectorat über den preussischen Beamtenverein, welches schon früher Kaiser Wilhelm I. innegehabt hatte, übernommen habe. Hierauf hielt Herr Gymnasiallehrer Dr. v. Bockelmann einen Vortrag über „Gleichen und Eiszeit“.

* [Unfall.] Die 78 Jahre alte Wittve Caroline L. von hier fiel vorgestern Abend in der großen Mühlen-gasse und erlitt hierbei auf der linken Seite einen Schenkelhalsbruch. Die Verunglückte wurde sofort nach dem Städtischen Krankenhaus in der Sandgrube geschafft.

* [Mieberfall auf der Straße.] Der Arbeiter Ferdinand C. aus Odra befand sich heute Morgen zwischen 6 und 7 Uhr auf dem Wege zur Arbeit nach Legan. Bei der Raststange sprangen plötzlich zwei Männer auf ihn zu, wobei einer derselben ihm einen Schlag mit einem harten Gegenstand auf den Kopf vertheilte. C. trug eine 8 Centimeter lange Quetsch-wunde davon und wurde benimmungslos. Nachdem er sich erholt hatte, begab er sich nach dem Städtischen Krankenhaus, woselbst er aufgenommen wurde.

* [Diebstahl.] Gestern Abend stahl der 17-jährige, aber schon 6 Mal wegen Diebstahls bestrafte Arbeiter Otto S. dem Kaufmann F. am Altstädter Graben ein Duzend Frauenstrümpfe und ein Paar Beinkleider, welche Herr F. am Thürgerüst aufgehängt hatte.

* [Taschenbierstahl.] Heute Vormittag wurde der mehrfach und zuletzt mit 4 Jahren Zuchthaus bestrafte Arbeiter Johann P. aus dem Carlshauer Kreise auf dem Fischmarkt ergriffen, als er einer Dame ein Portemonnaie mit 45 Mk. Inhalt aus der Manteltasche gestohlen hatte.

[Polizeibericht vom 30. November.] Verhaftet: 1 Lehrling, 3 Jungen, 3 Arbeiter, 1 Wittve wegen Diebstahls, 5 Odbahloje, 2 Bettler, 1 Dirne. — Gestohlen: 1 Oberbett, 1 Unterbett, 3 Kopfkissen mit grünen Lederecken, 1 blauegrauer Bettbezug, 1 silberne Kapseluhre mit Zalmkette, 1 Giegeiring, 1 Oberhemde, 1 Paar Socken. — Gefunden: 1 wollener Umhang, 1 Taschentuch, 2 Paar Kinderhandschuhe; abzuholen vom der Polizeidirection.

* [Schöneberg, 29. Novbr.] Zu der hiesigen Raubmord-Affäre habe ich noch einige Nachrichten zu liefern. Der Mörder Lemke war am Donnerstag, den 22. d. Mts., vom 3. Kürassier-Regiment in Königsberg desertirt. Der ermordete Burfche Hölke ist erst 15 Jahre alt, er ist durch Agthiebe auf dem Hinterkopf getödtet worden. Die Grabekhi hatte denselben rufen lassen, als Lemke zu ihr kam, weil sie sich vor letzterem fürchtete und daher mit ihm nicht allein sein wollte. Der Mörder ist nach vollbrachter That nach Schönbaum gegangen, hat sich dort neue Beinkleider gekauft und dann seine Militärhose verschenkt. Darauf hat er im Krug ein Bett geordert und bis zum nächsten Morgen 9 Uhr so ruhig geschlafen, als ob ihm nichts passiert wäre. Demnach setzte er seine Wanderung ins Danziger Werder fort, wo er von dem Gendarmen Blum und dem Hofbesitzer Epp, welche ihn verfolgten, in Schönroth ergriffen und gefesselt wurde. Seine Verfolger brachten ihn hierher nach dem Ort der That zurück, wo gerade zwei Herren vom Amtsgericht in Liegenhof zur Vernehmung der schwer verletzten Grabekhi anwesend waren. Wie schon unterwegs dem Gendarmen Blum, hat Lemke auch dem Herrn Amtsrichter die grausige That gestanden, worauf er in das Gefängniß zu Liegenhof abgeliefert wurde. Geraubt hatte L. 116 Mk., wovon bei der Verhaftung noch 100 Mk. vorgefunden wurden. Von Reue war an ihm nichts zu bemerken, vielmehr ein dresfter Trost. Als ihm die Mutter des erschlagenen Anaben in ihrem fassungslosen Schmerz Bormürfe machte, konnte er ein cynisches Lächeln nicht unterdrücken.

A. Stutthof, 29. Novbr. Heute Nachmittag 3 Uhr wurden von dem hiesigen Amtsgefängniß ca. 29 Schöpf-„gehölgerter“ Aale, welche in vergangener Nacht beschlagnahmt worden waren, öffentlich versteigert. Der Zuschlag an Mieberverkäufer war ausgeschloffen. — In Folge der nassen Witterung befinden sich die Landwege in einem recht schlechten Zustande. Das Uebersehen bei den einzelnen Fährten war während der Stürme der letzten Tage mitunter lebensgefährlich.

* Oliva, 29. November. Gestern veranstaltete die hiesige Gesangsvereinigung im neuen Saale des „Mahlhäuschens“ ihr erstes Gesangsfest vor geladenen Gästen und den Familien der Mitglieder. Außer den Gesängen wurden von Mitgliebern auch Musikstücke für Klavier, Cello und Geige aufgeführt. Die Zwischenpausen wurden von Herrn Gaing aus Danzig durch frei aus dem Gedächtnisse vorgetragene Frits Reuter'sche Gedichte für die Zuhörer genüßreich ausgefüllt. Mennigleich die Sängervereinigung noch sehr jung ist, so zeigte sie doch, daß Dirigent und Mitglieder sich ernste Mühe geben, nach besten Kräften Gutes zu leisten.

Gibing, 29. November. Der auf dem Haff gesunkene Dampfer „Colibri“ ist bereits gehoben und zur Reparatur hierher gebracht worden.

3 Marienwerder, 29. Nov. Ein kaum den Kinder-schuhen entwachsener junger Mensch, Sohn eines wohlhabenden Besitzers in Neuhof, hat sich gestern Nachmittag durch einen Schuß ins Herz getödtet. Motiv: Liebesgram. Der junge Mann hatte zu einem jungen Mädchen in einer Nachbarortschaf eine Zuneigung gefaßt, die nicht erwidert worden sein soll. Sehr zu bedauern sind die Eltern des jugendlichen Lebensmüden, die seit einer Reihe von Jahren wiederholt von harten Schicksalsschlägen betroffen worden sind. — Die Wahl des Regierungs-Supernumerars Saalmann aus

